Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Auch wenn sich der Sommer noch nicht blicken lässt, er steht vor der Tür und damit auch die Hochphase des Wahlkampfes!
Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, Veranstaltungen in Planung, Plakate im Druck... Nun heißt es mobilisieren!!
Von der Mobilisierung und Wahlbeteiligung wird es abhängen, ob wir den Regierungswechsel schaffen!
Es lohnt sich also!
Noch liegen 3 Wochen in Berlin vor uns- spätestens am 01.07. geht's dann aber nur noch durch den Wahlkreis!
Ich freu mich schon sehr auf die vielen Begegnungen bei Veranstaltungen, an Wahlkampfständen und besonders auf die Begegnungen an den Haustüren!
Ich werde bis zur Wahl wieder viele Hausbesuche machen und den Kontakt zu den Menschen ganz besonders intensiv nutzen. Wir können es schaffen!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Spekulanten – Hände weg von Nahrungsmitteln!

Schon lange empören sich viele Menschen über die Spekulationen mit Lebensmitteln an der Börse. Mit ihrem Entschluss, auf Agrarrohstoffspekulationen künftig zu verzichten, setzen die Volksbanken ein Zeichen mit Vorbildcharakter. Indem sie sich gegen ihre eigene Branche stellen, beweisen sie Mut und zeigen Verantwortung. Noch immer herrscht im Bankensektor die Meinung vor, dass die Spekulation mit Getreide und anderen Agrarrohstoffen die Preise auf dem Weltmarkt nicht beeinflussen. Doch damit ignorieren die Banken die Fakten.
Die durch Spekulationen ausgelösten Preisschwankungen bei Agrarrohstoffen, die der Nahrungsmittelproduktion dienen, haben in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass Hungerkrisen in Entwicklungsländern ausgelöst beziehungsweise verschärft wurden. Und auf der Suche nach Renditen werden Agrarrohstoffe in einem immer größeren Umfang zum Gegenstand großangelegter Spekulationen.
Unsere Bundestagsfraktion fordert schon seit langem, Maßnahmen zu ergreifen, um die Rohstoffspekulation wirksam einzudämmen. Zudem muss sich Deutschland auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der G20, aktiv dafür einsetzen, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Regulierung der Warenderivatemärkte zuverlässig umgesetzt werden.
Bundesagrarministerin Ilse Aigner sieht den massiven Preisschwankungen infolge von Finanzspekulationen bislang tatenlos zu und negiert ihre verheerenden Folgen. Der Entschluss der Volksbanken sollte ihr zu denken geben. Die Debatte über die Notwendigkeit der Regulierung von Spekulationen mit Nahrungsmitteln muss in ihrem Hause jetzt wieder an Gewicht gewinnen.
Damit Konzerne wie die Deutsche Bank und die Allianz endlich dem Beispiel der Volksbanken folgen.

Europa

Sparen, sparen, sparen – Drama im Süden Europas!

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren alle Warnungen vor den verheerenden Folgen ihrer einseitigen Austeritätspolitik in Europa in den Wind geschlagen. Wirtschaftlicher Niedergang in vielen Regionen und Massenarbeitslosigkeit als Resultat dieses ökonomisch sinnlosen Kaputtsparens wurden von Experten prognostiziert und von unserer Bundestagsfraktion immer wieder kritisiert.
Jetzt tut die Bundesregierung so, als seien diese Probleme vom Himmel gefallen. Das ist heuchlerisch: Die Kanzlerin trägt ein großes Stück Verantwortung für die dramatische Entwicklung im Süden Europas.
Dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit jetzt verstärkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist dringend notwendig. Die Bundesregierung hätte es jedoch nicht soweit kommen lassen dürfen:
Erst im Angesicht des Wahlkampfs sowie auf Druck der französischen Regierung soll im letzten Moment eine soziale, politische und gesellschaftliche Katastrophe im reichsten Kontinent der Welt verhindert werden. Ein früheres Eingreifen und eine andere Politik hätten nicht nur den verzweifelten jungen Menschen geholfen. Dies wäre auch billiger, einfacher und erfolgversprechender gewesen. Dass die Kanzlerin die Jugendarbeitslosigkeit nicht im Rahmen der regulären europäischen Institutionen bekämpfen will, lässt die Zweifel an der Ehrlichkeit der Initiative wachsen.
Die Erfahrungen in der Innenpolitik zeigen, was medial inszenierte Gipfeltreffen Wert sind. Oft bleibt nicht viel mehr als heiße Luft. Nebenbei kann so auch das Parlament als gewählte Volksvertretung umgangen werden. Anscheinend unternimmt die Bundesregierung auf diesem Weg den Versuch, die Beteiligungsrechte des Bundestages ein weiteres Mal zu umgehen.

Verteidigung

Kampfdrohnen – Da sind noch viele Fragen offen!

Die Bundesregierung hat die ihr gegebene Chance vertan, sich über die wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Fragen im Zusammenhang mit Kampfdrohnen Gedanken zu machen.
Zeit genug hierfür gab es. Deutschland hätte angesichts seiner sicherheitspolitischen Tradition und Verantwortung vor allem Initiativen zur Weiterentwicklung des Völkerrechts und der Rüstungskontrolle unterbreiten können. Heute erleben wir einen ungeregelten Rüstungswettlauf in diesem Bereich.

Deutschland darf nicht den Weg anderer Staaten gehen, die erst Kampfdrohnen anschaffen und einsetzen und erst später über die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen reflektieren – und nachträglich Bedingungen des Kampfeinsatzes schaffen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie der Bundesverteidigungsminister sich vor einem Jahr für die Beschaffung von Kampfdrohnen aussprechen konnte, ohne sich über die Folgen im Klaren zu sein.

Die Bundesregierung hat sich lächerlich gemacht gegenüber unseren Partnern und der Öffentlichkeit. Die noch nicht absehbaren Kosten dieser Fehlinvestitionen trägt mal wieder der Steuerzahler. Dabei darf es nicht bleiben. Die politisch Verantwortlichen können sich nicht hinter Verwaltungshandeln verstecken.

Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, innerhalb der von ihr selbst gesetzten Frist unsere Große Anfrage vom 17. Oktober 2012 zu beantworten, da es „erheblichen interministeriellen Abstimmungsbedarf“ gab. Zweifellos hat dies mit dem Debakel um die Beschaffung von Drohnen zu tun, denn an der Qualität der meisten Antworten liegt es offenkundig nicht.

Trotz einer Bearbeitungszeit von über einem halben Jahr bleibt diese Bundesregierung in den meisten Fällen substanzielle Antworten schuldig und versteckt sich hinter dem Argument, dass keine aussagekräftigen Antworten zu unseren konkreten Fragen möglich sind. Wie auf der Grundlage dieser Antworten die Bundesregierung eine fundierte gesellschaftliche Debatte führen will, erschließt sich nicht.

Wir wollen vor einer abschließenden Positionierung zur Beschaffung von Kampfdrohnen zunächst alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend klären und Vorschläge zur Rüstungskontrolle und zur Fortentwicklung des Völkerrechts vorlegen.

Wir wollen versuchen mit unseren Partnern zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Wir wollen, dass Kampfdrohnen Teil der Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle werden.
Vor allem die umfassende und menschlichen Einwirkungsmöglichkeiten entzogene Automatisierung derartiger Waffensysteme lehnen wir ab.

Bonbon

„Das Leben ist kein Bonihof“

(Plakat eines Aktivisten bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt)

International

Syrien – Gemeinsame EU-Politik wird es nicht geben!

Es gibt ein einziges gutes Signal aus Brüssel: Die Sanktionen im Wirtschafts- und Finanzsektor gegen das Assad-Regime bleiben bestehen. Dem stehen aber mehrere katastrophale Signale gegenüber. Der in letzter Minute gefundene Kompromiss kann nicht verdecken, dass die EU-Mitgliedstaaten in der Syrien-Politik fundamental gegensätzliche Auffassungen vertreten.
Eine gemeinsame EU-Politik in Sachen Syrien kann es so nicht mehr geben. Am schlimmsten aber wird sich die Aufhebung des Waffenembargos auswirken. Die Botschaft lautet: Wichtige EU-Staaten setzen auf eine militärische Lösung des Konflikts. Sie werden nicht sofort, aber später Waffen an die Aufständischen liefern. Sie werden also auf einen militärischen Erfolg der Syrischen Nationalen Koalition gegen das Assad-Regime setzen, das wiederum fortlaufend mit russischen Waffen versorgt wird.
Früher – im Kalten Krieg – hat man so etwas einen Stellvertreterkrieg genannt. Dieser Beschluss belastet die Bemühungen um eine politische Lösung in schwer erträglicher Weise.
Wie soll Genf 2 funktionieren, wenn die EU nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Russland auf eine Verhandlungslösung als Ausweg ohne Alternative aus der syrischen Tragödie drängt? In Brüssel wurde das Scheitern der Konferenz vorprogrammiert.

Arbeit & Soziales

Hartz IV – Einmalzahlungen werden gebraucht!

Mit seinem Urteil, dass Hartz-IV-Familien für ihre Kinder ein Jugendbett als Erstausstattung zusteht, wenn das Kinderbett zu klein wird, hat das Bundessozialgericht in Kassel gutes Recht gesprochen.

Dieses positive Urteil ist eine erneute Bestätigung dafür, dass die die Praxis der Einmalzahlungen ausgedehnt werden muss.

Es ist erneut eine starke Abmahnung der Bundesregierung, die sich weigert, für ein menschenwürdiges Existenzminimum Bedürftiger und vor allem von Kindern in Not zu sorgen.

In eigener Sache

„More than honey“ – Film im Haus Felsenkeller!

Mehr als Honig heißt der Titel des Films, der am
Sonntag, den 02. Juni 2013 um 14.00 Uhr im Haus Felsenkeller in 57610 Altenkirchen, Heimstraße 4,
gezeigt wird.
Dieser Film hebt in eindrucksvoller Weise die Bedeutung der Bienen für unser gesamtes Ökosystem hervor. Die Bienen, und damit auch die Menschen, werden von einer zunehmenden Vergiftung der Natur bedroht. Walter Schmal, 2.Vorsitzender des Imkerverbandes Rheinland-Pfalz e.V. steht als Experte zur Verfügung und wird uns die Zusammenhänge erläutern und Fragen beantworten.
Die Veranstaltung ist für jedermann offen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Eintritt ist frei!

Termine

02.06.13	**10.45 Uhr**	**Mädchenfußball SG06 Betzdorf**
	14.00 Uhr	**Film „More than honey“ im Haus Felsenkeller, Altenkirchen**
03.06.13 – 07.06.13		**Sitzungswoche in Berlin**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**